

Privatisierung der Bahnpolizei nun doch vom Tisch

SVP und SP bringen neues Bahnpolizeigesetz im Nationalrat zu Fall

Das Parlament stoppt die Pläne für eine private Bahnpolizei

Die geplante Bahnpolizei ist gescheitert. In der Schlussabstimmung der eidgenössischen Räte schickte der Nationalrat die Vorlage, die eine Privatisierung der Sicherheitsdienste in den Zügen hätte ermöglichen sollen, bachab. Verantwortlich war eine unheilige Allianz zwischen der SVP und der Linken.

(ap) Die Privatisierung der Bahnpolizei ist nun doch vom Tisch. Eine unheilige Allianz aus SVP und Linken schickte das neue Bahnpolizeigesetz in der Schlussabstimmung des Nationalrats bachab. Verkehrsminister Leuenberger und die ÖV-Unternehmen bedauerten den Entscheid. Die Gewerkschaften reagierten mit Genugtuung.

Das neue Gesetz hätte die bestehende rechtliche Unsicherheit klären und die Bahnpolizei insbesondere an die heutigen Gegebenheiten anpassen sollen, stammte die alte Vorlage doch aus dem Jahr 1878. Vor der Schlussabstimmung vom 20. März 2009 machten SVP und SP aber ihren Widerstand deutlich. Während sich die Linke gegen die Privatisierung der Bahnpolizei stemmte, wollte die Rechte eine Vollpolizei mit allen Kompetenzen. «Die Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn wir eine Bahnpolizei schaffen, die auf einem Auge blind ist», sagte Max Binder (svp, Zürich).

Warnungen aus der Mitte

Die Mitteparteien warnten vergeblich vor einer Ablehnung, nachdem das Gesetz schon 2005 an den Bundesrat zurückgewiesen worden war. Sie versprachen sich einen verbesserten Schutz der Reisenden und des Personals. «Schade, dass Sie es nicht etwas länger vor der Türe ausgehalten haben», sagte FDP-Fraktionspräsidentin Gabi Huber (Uri) an die Adresse der SVP-Fraktion, die nach dem vorherigen Ratsentscheid, die Immunität von Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz und alt Nationalrat Jean-Paul Glasson nicht aufzuheben, vorübergehend den Saal verlassen hatte. «Auf der Strecke bleiben die Bahnreisenden», bedauerte Huber. Mit 85 zu 99 Stimmen unterlag die Mitte aber schliesslich, weshalb der Bundesrat nun nochmals über die Bücher muss.

Neue Vorlage?

Verkehrsminister Moritz Leuenberger bezweifelte allerdings in einer schriftlichen Stellungnahme, dass eine neue Vorlage und eine erneute parlamentarische Beratung zu einem anderen und von allen Seiten besser akzeptierbaren Ergebnis führen könnten. Nun werde nichts anderes übrig bleiben, als zusammen mit den Bahnen die

bisherige Lösung von Securitrans – sie gehört zu 51 Prozent den SBB und zu 49 Prozent der Securitas – weiterzuverfolgen.

Die SBB kommentierten das Scheitern des Bahnpolizeigesetzes nicht weiter. Man nehme den Entscheid zur Kenntnis, sagte Sprecher Roland Binz. Die Arbeit der heutigen Bahnpolizei werde von der Kundschaft geschätzt. Der Verband öffentlicher Verkehr (VÖV) bedauerte indes das Ratsverdikt. Den Transportunternehmen werde es erschwert, ihrer Verantwortung gegenüber den Kunden und dem Personal bezüglich Sicherheit und Ordnung nachzukommen. Nun müsse wieder von null angefangen werden.

Gewerkschaften zufrieden

Zufrieden zeigten sich insbesondere die Gewerkschaften. Der Schweizerische Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verband (SEV) bekräftigte, dass eine Privatisierung der Bahnpolizei der falsche Weg und der Sicherheit im öffentlichen Verkehrssystem abträglich gewesen wäre. Wichtig sei, dass nun wieder Ruhe ins Bahnpolizeikorps einkehre. Der Verband der Polizeibeamten, Amnesty International und die in der Ebenrain-Konferenz zusammengeschlossenen Arbeitnehmenden äusserten in einer gemeinsamen Stellungnahme die Hoffnung, dass die Privatisierung von polizeihöheitlichen Aufgaben nun für alle Zeit begraben sei. Die Tätigkeiten der Bahn- und Transportpolizei in Zügen und Bahnhöfen sowie die Ausrüstung der Beamten müssten aber gesetzlich verankert werden.